

KLIMA UND ENTWICKLUNG

ORDNUNGSPOLITISCHE GRUNDSÄTZE DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

4. EICHHOLZER FACHTAGUNG ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG MIT DEM BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER, WESSELING, 15. UND 16. APRIL 2011

Schmelzende Gletscher, steigender Meeresspiegel und zunehmende Extremwetterereignisse prägen das Bild des globalen Klimawandels. Auf der Klimakonferenz in Cancún im vergangenen Jahr haben die Regierungen ausgehandelt, dass die Erderwärmung zwei Grad nicht überschreiten soll, damit ein gefährlicher Klimawandel verhindert wird. Darüber hinaus wurden den Entwicklungsländern hundert Milliarden US-Dollar zusätzlich im Jahr ab 2020 zugesagt, um sich an die zukünftigen bzw. bereits eingetretenen Klimaveränderungen anpassen zu können. Vor diesem Hintergrund stand die diesjährige Eichholzer Fachtagung zur Entwicklungspolitik unter dem Titel: Klima und Entwicklung – ordnungspolitische Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit. Zur Fachtagung luden die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) bereits zum vierten Mal in das Bildungszentrum Schloss Eichholz.

KLIMA UND ENTWICKLUNG

Um über die ordnungspolitische Bedeutung einer Entwicklungspolitik in Zeiten des Klimawandels zu diskutieren, begrüßte Dr. Franz Schoser, Schatzmeister der KAS, wieder zahlreiche engagierte Experten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche. Nach der Begrüßung eröffnete Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Fachtagung mit einem Vortrag zum Thema der Veranstaltung „Klima und Entwicklung – ordnungspolitische Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit“. Beerfeltz begann mit einem Zitat Konrad Adenauers, der sich einst gegenüber Walter Scheel, dem damaligen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dahingehend geäußert hatte, dass das Ministerium eine Dorne ohne Rosen sei, da es lediglich Koordinierungsfunktionen und keine eigenen Zuständigkeiten hätte. Seit 1961 habe sich jedoch viel verändert. Durch die Fusion der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und von



Eröffnungsvortrag von Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im BMZ.

InWent zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) habe sich das Verhältnis von Bundesregierung und Durchführungsorganisationen erheblich verbessert und aus der Dorne ohne Rosen sei eine Rose mit Dornen geworden, die eine aufgeblühte Expertise in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aufweise. Beerfeltz betonte, dass sein Ministerium nicht völlig selbstlos handle, sondern es sich um „ein Investment für Deutschland im nationalen Interesse“ handle. Er sehe die EZ als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Entwicklungszusammenarbeit würde zudem auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Zahl der Wirtschaftsflüchtlinge zu reduzieren und Terroranschlägen vorzubeugen.

Nach eineinhalb Jahren Regierungsarbeit habe sich die Zusammenarbeit des Wirtschafts-, Bildungs-, Landwirtschafts- und Umweltministeriums sowie des Auswärtigen Amtes mit dem BMZ verbessert. Darüber hinaus sei eine Kohärenzrunde vom BMZ, der GIZ und der KfW Entwicklungsbank ins Leben gerufen worden, in der alle Projekte auf den Tisch kämen. Dort sei Klimaschutz ein zentrales Thema – einmal mehr ein Beweis dafür, dass sich Klimaschutz und EZ keineswegs ausschließen. Beerfeltz betonte, dass der Kampf gegen den Klimawandel in Zukunft nur gewon-



Dr. Franz Schoser,
Marie-Luise Dött MdB.

nen werden könne, wenn Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingebunden würden. Ein Wettbewerb von Ideen sei notwendig, damit stets die beste Lösung umgesetzt werden könne. Als positives Beispiel für die sinnvolle Ergänzung von EZ und Klimaschutz führte Beerfeltz die Verteilung von effizienten Kochherden in Ostafrika an. 50 Prozent der Kohlenstoffemissionen in Subsahara-Afrika stammen aus ineffizienten Kochherden oder offenen Feuerstellen. Die damalige GTZ entwickelte zusammen mit einem Malawier einen Kochherd, der 80 Prozent weniger Feuerholz benötige. Heute produziere und verkaufe dieser Mann den klimafreundlichen Herd in Malawi und beschäftige in seinem Unternehmen fünfzehn Frauen und 37 Männer.

Gleichwohl betonte Beerfeltz, dass die hundert Milliarden US-Dollar, die ab 2020 jährlich den Entwicklungsländern zur Minderung von Klimafolgen zu Gute kommen sollen, nicht ausreichen. Private Unternehmen und innovative Ideen seien notwendig, um den Klimawandel in Entwicklungsländern zu begrenzen. Das BMZ nehme dabei eine „Scharnierfunktion“ ein. Der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel, habe dafür eine Servicestelle für Unternehmen in seinem Haus eingerichtet. Zusätzlich würden *Scouts* für die Entwicklungszusammenarbeit ausgebildet, die gezielt nach *Best-Practice*-Projekten in der Privatwirtschaft Ausschau halten würden.

Abschließend rief Beerfeltz zu einer neuen Balance zwischen Fördern und Fordern auf. Früher wäre verlangt worden, die Entwicklungsländer auf den *driver seat* zu setzen. Beerfeltz aber akzentuierte, dass Deutschland die Entwicklungsländer nicht ohne Führerschein sowie ökologische und soziale Standards auf diesen Platz ließe. Gute Regierungsführung, Transparenz und Rechenschaftspflicht seien die Voraussetzung für eine gute Entwicklungszusammenarbeit.

Nachfolgend sprach Marie-Luise Dött, Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer und umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie entwickelte das von Beerfeltz anfangs eingebrachte Bild von der Dornrose ohne Rosen weiter und sagte, dass das BMZ durch die Umstrukturierungen heute ein Strauß voller Rosen sei. Dött erinnerte in diesem Zusammenhang mit einem Zitat aus der Enzyklika *Caritas in Veritate* von Papst Benedikt XVI an das Prinzip der Subsidiarität und Solidarität in der Entwicklungszusammenarbeit.

Als entscheidendes Instrument im Kampf gegen den Klimawandel verwies Dött auf den „Clean Development Mechanism (CDM)“, der im Rahmen des Kyoto-Protokolls als ökonomisches Klimaschutzinstrument genutzt werden kann. Mit dem CDM werde Kohlenstoffdioxid dort eingespart, wo es am kostengünstigsten sei. Auf diese Weise entstünden klimafreundliche Projekte in Entwicklungsländern. Darüber hinaus betonte sie, dass Deutschland mit seinem Know-How besonders beim Transfer von Technologien in Entwicklungsländer helfen könne. Ein Viertel der Weltbevölkerung hätte keinen Zugang zu Elektrizität. Dies könne sich beispielsweise mit Hilfe von Solaranlagen insbesondere in Subsahara-Afrika ändern, da dort die Sonneneinstrahlung besonders intensiv sei.

Im Hinblick auf die Verteilung von BMZ-Geldern forderte Dött ein Überdenken der Prioritäten. Im Moment flössen 50 Prozent in bilaterale Projekte, 40 Prozent würden über die UN und die EU ausgeschüttet und nur 10 Prozent erhielten die Stiftungen und die Wirtschaft. Dött forderte, dass das Geld effizienter eingesetzt und dass besonders der Anteil für die Stiftungen und die Wirtschaft erhöht werden sollten. Weiterhin stellte sie klar, dass wirtschaftliche Interessen in der EZ legitim seien.



*Paneldiskussion (v.l.n.r.)
mit Thomas Loster, Johannes
Röring MdB, Frank Spengler
und Marie-Luise Dött MdB.*

Anschließend referierte der Bundestagsabgeordnete Johannes Röring, Mitglied des Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Berichterstatter über die Welternährung. Er bezeichnete den Klimaschutz als zentrale Herausforderung, um auch in Zukunft auf der Erde leben zu können. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung der Landwirtschaft, die in einer wechselseitigen Abhängigkeit zum Klimawandel stehe. Er zählte dabei drei Prioritäten auf: die Menschen müssen satt werden, mobil sein und über Strom verfügen. Angesichts des Bevölkerungswachstums müsse die Nahrungsmittelproduktion zwischen 2000 und 2050 verdoppelt werden. Röring betonte, dass nur Menschen, die sich ernähren könnten und eine Perspektive hätten, in der Lage seien, die Natur zu schützen. In diesem Zusammenhang merkte er an, dass immer mehr Menschen in den Entwicklungsländern aus den ländlichen Gebieten in die Städte abwanderten, da sie in den Dörfern keine Perspektive für sich sähen. Deshalb sei Entwicklung auf dem Land dringend notwendig, denn dort entstehe die Nahrung. Röring verwies darauf, dass sich in Zukunft Verbrauch und Produktion nicht mehr eins zu eins decken würden und deshalb fairer Handel von großer Bedeutung sei.

Das Auftaktpanel schloss Thomas Loster, Vertreter der Zivilgesellschaft und Geschäftsführer der Münchener Rück Stiftung sowie Mitglied des deutschen Nationalkomitees der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Loster kritisierte zunächst die zu lange dauernden Klimaverhandlungen, die eigentlich auch als Wirtschaftsgipfel zu verstehen seien. Gleichzeitig lobte er jedoch den Klimagipfel in Cancún (Mexiko) Ende 2010, welcher grundsätzlich den richtigen Weg aufgezeigt hätte. Dass es nun mehr Koordinierung und Absprachen zwischen den einzelnen Ministerien in Deutschland gebe, freue ihn besonders. Innerhalb der UN würde es jedoch immer noch vorkommen, dass einzelne UN-Ressorts weiterhin nicht zusammen arbeiteten. Loster plädierte darüber hinaus für mehr Offenheit und längerfristige *Commitments* in der EZ.

In der anschließenden Diskussion, geleitet von Frank Spengler, dem stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit der KAS, dominierten vor allem die Themen zur Rolle der Frau in Entwicklungsländern sowie das Bevölkerungswachstum und die Bildung. So wurde aus dem Plenum gefordert, mehr Frauen zu den Trägern der Entwicklungshilfe zu machen. Loster gab jedoch zu bedenken, dass der westliche Blickwinkel oft falsche Prioritäten setze. In narrativen Interviews sei herausgefunden worden, dass Frauen in Entwicklungsländern besonders Zugang zum Markt sowie zu Gesundheit und Bildung wollten und Klimaschutz für sie kein vorrangiges Thema in ihrem Alltag sei.

Eine intensive Diskussion entfaltete sich zum Thema Bevölkerungszuwachs. Während einige Teilnehmer das zunehmende Bevölkerungswachstum als zentrales Problem charakterisierten, betonten andere den besonderen Wert des Lebens, wobei jedes Menschenleben ein Geschenk sei und deshalb die Bemühungen zur Ernährung der Menschen in Entwicklungsländern deutlich gesteigert werden müssen. Bildung sei der Schlüssel zum Geburtenrückgang. Es sei belegt, dass es in gebildeten Gesellschaften weniger Kinder gebe. Auch Dött betonte, dass es auf Bildung ankomme. Röring fügte hinzu, dass eine funktionierende Landwirtschaft die Voraussetzung für Bildung sei, denn nur satte Kinder könnten lernen.

ARMUTSBEKÄMPFUNG UND KLIMAPOLITISCHE ZIELE

Im Rahmen eines Kaminesgespräches am ersten Abend, das Martin Wilde, Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer, moderierte, diskutierten Dr. Christian Ruck MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen-Esser MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sowie der Bundestagsabgeordnete und



Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Nordrhein-Westfalen, Volkmar Klein, über „Armutsbekämpfung im Einklang mit klimapolitischen Zielen – Anpassung oder Vermeidung?“.

Ist Geld alles? Wenn es nach Volkmar Klein ginge, nicht. Seiner Meinung nach sollten wir Verantwortung jenseits der Grenzen und Generationen übernehmen und das Geld richtig einsetzen. Es sei wichtig, die Entwicklungszusammenarbeit effektiv zu gestalten, und man müsse sich fragen, ob mit weniger Mitteln nicht manchmal mehr erreicht werden könne.

Ruck betonte, dass *Governance* ein wichtiger Faktor sei. Man könne jedoch nicht überall *gute Regierungsführung* fordern, denn auch der Wille und die Fähigkeit dazu müssten in den Entwicklungsländern vorhanden sein. Außerdem hob er hervor, dass sowohl Vermeidung als auch Anpassung in der Armutsbekämpfung im Einklang mit klimapolitischen Zielen zu bringen sei. Weiter führte Ruck aus, dass Armutsbekämpfung und Klimaschutz kein Widerspruch seien. „Armutsbekämpfung ist nicht, etwas zu schenken, sondern Möglichkeiten zu geben, selbst etwas zu verdienen“, sagte er. Dabei könne das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ein Vorbild sein. Ein Beispiel sei ein Projekt in Äthiopien, wo hundert Menschen ausgebildet würden, um Pflastersteine herzustellen und Straßen zu bauen.

Heinen-Esser brachte das Zwei-Grad-Ziel, auf das sich die Regierungen in Cancún geeinigt hatten, in die Debatte ein. Für die Inselstaaten ist diese Wegmarke von größter Bedeutung, da sie unmittelbar vom Meeresspiegelanstieg in ihrer Existenz bedroht seien. Außerdem erinnerte sie daran, dass die Industriestaaten ihre CO₂ Emissionen für ihre Entwicklung schon aufgebraucht hätten – aber mit welchem Recht? Nun hätten auch die Entwicklungsländer ein Recht auf Entwicklung und CO₂ Emission. Darüber hinaus glaube sie, dass ein Technologietransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern viel zur Entwicklung beitragen könne.

Klein erinnerte daran, dass wir den Entwicklungsländern unser System nicht überstülpen dürften. Die Eliten in Entwicklungsländern hätten oft selbst kein Vertrauen in ihr eigenes Land und legten ihr Geld deshalb in anderen Staaten an. Er forderte, dass Geberländer mit finanziellen Hilfen vor diesem Hintergrund zurückhaltender sein sollten. Gäste aus dem Publikum bestärkten Kleins These und bestätigten, dass die Wünsche und Ansätze der Menschen in Entwicklungsländern oft gar nicht denen der Geberländer entsprächen. So hielte sich ein Bauer in Burundi Kühe, nicht der Milch wegen, sondern wegen des Dungs.

Wiederum aus dem Plenum kam der Hinweis, dass Minderheiten wie z. B. nomadische Bevölkerungsgruppen oder Tuareg besonders in ihrem Lebensstil vom Klimawandel beeinflusst würden. Die Tuareg müssten beispielsweise sesshaft werden, um sich anzupassen. Man dürfe Minderheiten, deren Kultur und Tradition vom Klimawandel oft besonders bedroht seien, in dieser Debatte deshalb nicht vergessen. Sie sollten ihre Kultur nicht für das Klima opfern müssen.

Heinen-Esser verwies noch einmal auf den Technologietransfer sowie die Möglichkeit für die Wirtschaft, sich in Entwicklungsländern zu engagieren. Michael Plesch, stellvertretender Referatsleiter für Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im BMZ, erläuterte, dass es für mittelständische Unternehmen die Möglichkeit gebe, einen Transaktionskostenzuschuss zu beantragen und sieben Projekte bereits in Bearbeitung seien.

Als Beispiel wurde die Deutsch-Europäische Kaffeeinitiative genannt, die eine erfolgreiche Kooperation zwischen deutschen Unternehmen, Bauern und Röstern in Entwicklungsländern aufzeige. Deutsche Unternehmen würden diesen Menschen helfen, sich an das Klima anzupassen und die Produktion klimafreundlicher zu gestalten. Gleichzeitig würden die Bauern ihre Produktion steigern. Ruck betonte in diesem Zusammenhang, dass die *Public Private Partnerships* noch nicht ausgeschöpft seien.



Gleichzeitig wurde aus dem Plenum darauf aufmerksam gemacht, dass Klimaschutz nur gelingen könne, wenn die Menschen vor Ort mobilisiert würden.

Der Grundkonsens des Kaminesgesprächs war, dass Entwicklungszusammenarbeit effektiver gestaltet werden müsse. In diesem Kontext sei vor allem *Gute Regierungsführung* eine Grundvoraussetzung. Darüber hinaus könne der Technologietransfer für deutsche Unternehmen eine Chance sein und zur klimafreundlichen Entwicklung beitragen.

WIRTSCHAFT UND KLIMAFREUNDLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Den zweiten Tag leitete Dr. Norbert Kloppenburg, Mitglied des Vorstands der KfW-Bankengruppe, mit einem Vortrag über „Wirtschaftliche Potentiale einer klimaschutzorientierten Entwicklungszusammenarbeit“ ein.

Auch er betonte, dass Klimaschutz ein integraler Bestandteil der EZ sei. Insbesondere Energie und die Erhaltung der Biodiversität sowie der Waldschutz seien von zentraler Bedeutung. Ambitionierter internationaler

Klimaschutz schaffe neue Märkte für hochwertige Produkte aus Deutschland. Die Marktanteile in der Energieeffizienztechnologie, den erneuerbaren Energien und der Wasserwirtschaft würden steigen und somit ergäben sich neue Märkte. Deutschland könne seine Marktanteile gegen Niedriglohnländer nur durch Effizienz, Zuverlässigkeit, *Life Cycle Costing* und *State-of-the-Art-Technologie* verteidigen. Die hochentwickelte und innovative Technologie sei ein Vorteil von deutschen Unternehmen z. B. gegenüber chinesischen Unternehmen, die nur *proven technology* verkaufen würden.

Die KfW-Bank habe fünfzehn Milliarden Euro allein im Jahr 2010 für EZ ausgegeben. Dabei seien 3,4 Milliarden Euro für Projekte in den Bereichen Umwelt und Klima investiert worden und zwei Milliarden in zwei Arten von Vorhaben im Bereich Energie. Auf der einen Seite seien Basistechnologien gefördert worden z. B. bei den Kochherden, auf der anderen seien Hochtechnologien ausgebaut worden wie bei dem weltweit größten Solarkraftwerk in Indien oder bei der Ausstattung eines Fußballstadions in Brasilien für die WM 2014 mit Solarpanels. Hier sieht Kloppenburg noch große Chancen für deutsche Unternehmen. Allerdings müssten in den Entwicklungsländern auch junge Menschen an den Hochschulen im Umgang mit diesen Technologien ausgebildet werden.

In seiner Schlussbetrachtung skizzierte Kloppenburg noch einen Ausblick in die Zukunft. Der „*Green Climate Fund*“, ins Leben gerufen bei den Klimaverhandlungen in Cancún, sei ein wichtiger Bestandteil der dort gefassten Beschlüsse. Der Fonds werde im Moment von der VN und der Weltbank weiterentwickelt und in Zukunft zur Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung beitragen. Weiterhin sei die Stärkung des Waldschutzes und die Anpassung an den Klimawandel von hoher Bedeutung ebenso wie die Mechanismen für die Technologieentwicklung und den Technologietransfer im Rahmen der Minderung der Emissionen in den Entwick-

Kaminesgespräch mit (v.l.n.r.) Dr. Christian Ruck MdB, Ursula Heinen-Esser MdB, Martin Wilde, Volkmar Klein MdB.

TRANSAKTIONS-KOSTENZUSCHUSS FÜR MITTELSTÄNDLER

Die Bundesregierung hat beschlossen, deutsche mittelständische Unternehmen bei Investitionen in Entwicklungsländern durch die DEG finanziell zu unterstützen, da kleinvolumige Auslandsinvestitionen von Mittelständlern bisher nur geringe Möglichkeiten zur Finanzierung durch die DEG oder Geschäftsbanken hatten. Die Kosten, die durch einen höheren Beratungs- und Prüfungsaufwand entstehen, werden nun vom DEG getragen. Diese Maßnahme soll besonders für mittelständische Unternehmen einen Anreiz bieten, in Entwicklungs- und Schwellenländern aktiv zu werden.



Gäste beim
Kamingespräch.

lungsländern. Kloppenburg wies darauf hin, dass hohe Geldsummen sinnvoll investiert werden müssten und nicht von einem gigantischen Bürokratieapparat verschlungen werden dürfen. Die Wirksamkeit der EZ sei wichtiger denn je. Um dies zu erreichen, habe die GIZ gemeinsam mit der KfW die Deutsche Klimatechnologie-Initiative gestartet. Dabei sollen die Erfahrungen und Instrumente der technischen und der finanziellen Zusammenarbeit für die Partnerländer gebündelt verfügbar gemacht werden. Kloppenburg beendete seinen Vortrag mit einer Aufforderung zum Handeln: für langatmige Debatten sei die Zeit zu knapp, vielmehr müssten wir endlich aktiv werden.

Die nachfolgende Diskussion moderierte Frank Gotthardt, stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Internationalen Kommission der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Zunächst referierte Hartwig Fischer, Leiter des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Fischer konzentrierte sich auf die regenerativen Energien und betonte deren enge Verknüpfung mit den Grundbedürfnissen Ernährung, Gesundheit und Bildung. Der Solarbereich könne Menschen in Entwicklungsländern enorm entlasten, da in den meisten Ländern Frauen und Kinder sechs bis acht Stunden am Tag darauf verwendeten, den Wasserbedarf zu sichern. Mit kleinen, solarenergiebetriebenen Pumpen bliebe den Kindern mehr Zeit für Bildung. Außerdem wären damit Nahrung, der Zugang zu sauberem Wasser und Hygiene gewährleistet. Ein Beispiel fände man im Senegal, wo eine Gesundheitsstation von einer deutschen Firma gebaut und mit Solarzellen ausgestattet wurde. An dieser Anlage könnten die Menschen aus der Umgebung nun ihre Akkus gegen einen kleinen Umkostenbeitrag aufladen und verfügten so über Strom. Für mittelständische Unternehmen in Entwicklungsländern könnten solche Energie- oder Wasser-tankstellen gute Investitionspotentiale in Entwicklungsländern darstellen.

Michael Plesch hob hervor, dass Klimawandel und Entwicklung nicht getrennt voneinander betrachtet werden könnten. Deutsche hätten eine führende Rolle im Klimaschutz und in der Industrie. Ferner erklärte er, dass für die Investition privaten Kapitals zur Minderung von CO²-Emissionen zunächst gesetzliche Rahmenbedingungen in den Entwicklungsländern geschaffen werden müssten. Entscheidend sei eine Regulierung, die ökonomische, ökologische und soziale Interessen ausgleiche. Darüber hinaus sei auch die Außenwirtschaftsförderung wichtig. Die Unterscheidung zwischen den Interessen der Unternehmer und der Entwicklung der Zielländer sei besonders bedeutend an der Schnittstelle von Außenwirtschaftsförderung und EZ. Nötig sei eine fallbezogene Definition, was innerhalb und außerhalb des gemeinsamen Interesses liege. Außerdem forderte Plesch bessere Risikoabsicherungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen, die in Entwicklungsländern investierten. Garantien seien ein wesentliches Instrument der Risikoabsicherung und legten wesentlich den Finanzierungsspielraum privater Unternehmen im Sektor und der KfW fest.

Dr. Sebastian Paust, Mitglied des Vorstandes der GIZ, unterstrich im Anschluss, dass vor allem alternative Energien einen Zukunftsmarkt darstellten. Im letzten Jahr seien die Deutschen noch Marktführer gewesen, mittlerweile hätten die Chinesen die Führung übernommen. Die GTZ kümmere sich schon seit 1993 um den Klimaschutz und habe aktuell 360 Vorhaben, um Treibhausgasemissionen zu senken. Erst kürzlich habe McKinsey die Studie „Wettbewerbsfaktor Energie als Chance für die deutsche Wirtschaft“ publiziert, die belege, dass Energie ein entscheidender Sektor für die deutsche Wirtschaft sei. Besonders mittelständische Unternehmen hätten viel Entwicklungspotenzial. Voraussetzungen für das Engagement der Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern seien eine gute Regierungsführung, Bildung sowie das Verständnis für Technologie und den Klimaschutz.



Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer erneut über Bildung und Technologietransfer. Eine Vertreterin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) verwies auf die Rolle der Hochschulen, die ihrer Meinung nach einen größeren Stellenwert in der EZ bekommen sollten, da dort auch die zukünftigen Eliten ausgebildet würden. Kloppenburg teilte diese Auffassung und schlug vor, von 52 Millionen Euro für einen Schwerpunktsektor zwei Millionen Euro in die Bildung von Eliten zu investieren. Er verglich die Situation mit der „Kunst am Bau“. Schließlich werde bei jedem größeren Bauobjekt am Ende ein gewisser Betrag in Kunst investiert. Analog dazu solle in jedem größeren EZ-Projekt ein Teil in die Hochschulen fließen.

RESSOURCENSCHONENDE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Prof. Dr. Udo Steffens, Präsident der Frankfurt School of Finance & Management, moderierte das abschließende Panel „Ordnungspolitische Aspekte einer ressourcenschonenden Entwicklungsstrategie – Die Rolle des Staates, Wirtschaft und Zivilgesellschaft“ der Fachtagung. Günter Nooke, persönlicher G8-Afrika-Bbeauftragter der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; betonte die Relevanz von Rohstoffen in der Debatte um Klima und Entwicklung. Die Rohstoffverteilung auf der Welt zeige, dass der Bedarf an ihnen immer mit Konflikten verbunden sei. Die Demokratische Republik Kongo, die 51 Prozent der Metalle Lithium, Kobalt, Indium und seltene Erden besitze, sei seit zwei Jahrzehnten von Unruhen und Konflikten geplagt. Nooke forderte eine koordinierte Rohstoffpolitik auf EU-Ebene. Die Regierung solle sich auf die Aushandlung fairer, berechenbarer und langfristig tragfähiger Rohstoffverträge konzentrieren. Besonders in Afrika seien die Verträge oft intransparent und es sei viel Korruption im Spiel. Ohne ein funktionierendes Rechtssystem könne auch das beste Gesetz nichts ausrichten, merkte Nooke an und verwies nochmals

auf die Bedeutung von *Guter Regierungsführung*. Positive Erfahrungen mit transparenten Abkommen hätte man bei den Diamantenverträgen in Botswana gemacht. Wichtig sei aber auch, dass die Zivilgesellschaft mitwirke. Nooke forderte dazu auf, jetzt konkret zu werden: Die Erfahrungen, die man in Europa gesammelt habe, sollten in die Länder weitergereicht werden, in denen Rohstoffverträge vor dem Abschluß stünden. Es gehe in dieser Frage um nichts weniger als um die Machtverteilung der Zukunft.

Dr. Bernd Bornhorst, Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik bei MISEREOR, setzte sich mit einer leidenschaftlichen Rede dafür ein, dass die im katholischen Glauben verankerte *Caritas* wieder an Bedeutung in der EZ gewänne. Bornhorst prangerte die utilistische Begründung von Entwicklungszusammenarbeit an und wies darauf hin, dass Christen sich auch in Entwicklungsländern engagierten, wenn sie keinen unmittelbaren Nutzen daraus ziehen würden. Darüber hinaus kritisierte er, dass der Klimawandel lediglich als ein Thema unter vielen in der EZ zuvor abgehandelt worden sei. „Wir haben die Herausforderungen des Klimawandels noch nicht verstanden,“ fügte er hinzu. Dieser Wandel des Klimas sei längst real und betreffe schon heute die Ärmsten der Armen. Die Ressourcenproblematik sei nicht neu. Neu sei nur, dass es inzwischen neue Abnehmerländer wie zum Beispiel China gebe. Die Frage müsse demzufolge lauten, wie wir die Ressourcen so schonend wie möglich gewinnen können. Bornhorst wies ferner darauf hin, dass die westlichen Staaten die Unterentwicklung in Entwicklungsländern mit zu verantworten hätten. Seiner Meinung nach könne das Problem vom Markt alleine nicht gelöst werden, deshalb wäre das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wichtiger denn je. Zum Abschluss betonte er, dass es die Rolle der Zivilgesellschaft sei, hier aktiv zu werden und neue Leitbilder zu entwickeln.

Anschließend berichtete Thomas Kraneis von Lahmeyer International und Vizepräsident des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, das Wort. Lahmeyer berichtete von einem Gespräch mit dem Entwicklungsminister von Bangladesch am Rande des Klimagipfels in Kopenhagen. Dieser hatte die rhetorische Frage gestellt, wo er fünfzig Millionen Menschen unterbringen könne – der fortschreitende Klimawandel bedroht in dem bevölkerungsreichen Land den Lebensraum von Millionen Menschen. Auch Kraneis forderte wie die Bundestagsabgeordnete Dött, dass die Wirtschaft und die Stiftungen mehr am Etat für EZ beteiligt werden sollten. Der Anteil solle ebenso groß sein wie der der staatlichen Organisationen, denn die Effizienz des deutschen Mittelstandes sei auch in der EZ einmalig.

Dr. Bernd Eisenblätter, Vorstandssprecher der GIZ, nannte die Debatte über die Verteilung der Mittel eine alte Diskussion. Zu Bornhorsts Kommentar merkte er an, dass die eigenen Interessen und jene der Partner nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Es sei unglaublich zu behaupten, dass die Entwicklungszusammenarbeit ohne Eigeninteressen funktionieren könne. Eisenblätter wies erneut darauf hin, dass Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenwirken müssten. Nachhaltiges Wirtschaften sei kein Selbstzweck, sondern müsse glaubwürdig und ehrlich betrieben werden.

Professor Steffens trat in der anschließenden Diskussion der Auffassung entgegen, dass Armutsbekämpfung finanziell nicht erfolgreich sein könne. Alle Panelteilnehmer waren sich darin einig, dass die Entwicklungszusammenarbeit effizienter werden müsse.

Aus dem Publikum kam die Forderung nach Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen und der Schaffung von Partnerverbänden in den jeweiligen Ländern. Ebenso wurde die Idee diskutiert, eine Allianz aus Kirchen, Privatpersonen, Stiftungen und Handelskammern für mehr Rechtsstaatlichkeit in den Entwicklungsländern zu bilden.

Abschließend dankte Frank Spengler allen Teilnehmern für die guten und konstruktiven Diskussionen. Marie-Luise Dött erinnerte an die Vision Ludwig Erhards vom Wohlstand für alle – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Ohne Unternehmergeist sei diese Vision nicht zu erreichen. Nur die Marktwirtschaft unter sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen könne Entwicklung fördern. Als Mittelständlerin appellierte sie an die Teilnehmer, nicht weiter zu philosophieren, sondern pragmatisch Schritt für Schritt eine effektive und ressourcenschonende Entwicklung anzugehen.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgeber

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin*

Text

*Franziska Broich, Stipendiatin
der Journalisten-Akademie der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Redaktion

*Christian Hübner, Silke David
(Redaktionsassistenten)*

Fotos

Harald Odehnal

*Das Werk ist in allen seinen
Teilen urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung ist
ohne Zustimmung der Konrad-
Adenauer-Stiftung e.V. unzu-
lässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung
in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-942775-34-2

www.kas.de